

EU-Wahl 2024: Eine Analyse

Mit Schwerpunkt auf Frankreich und Italien

GERHARD MARCHL

Karl-Renner-Institut, Leiter des Bereichs Europäische Politik

www.renner-institut.at

Auf einen Blick:

- Bei der Europawahl 2024 errang die Europäische Volkspartei einen Wahlsieg und konnte die Zahl ihrer Abgeordneten auf 189 von 720 ausbauen. Die sozialdemokratische Fraktion blieb mit 135 Sitzen in Summe stabil und somit zweitstärkste Kraft im Europäischen Parlament. Liberale und Grüne büßen an Gewicht ein.
- Da in vielen Ländern rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien zulegen, ist insgesamt ein Rechtsruck festzustellen. Zugleich halten die proeuropäischen Kräfte weiterhin eine klare Mehrheit im Parlament.
- In den einzelnen Ländern schnitten die sozialdemokratischen Parteien sehr unterschiedlich ab. Starke Ergebnisse in Rumänien, Portugal, Spanien, Italien, Malta und Kroatien stehen schwachen Resultaten in Deutschland und einigen mittel- und osteuropäischen Ländern gegenüber.
- In Frankreich konnte der Parti Socialiste ordentlich zulegen, wenn auch von einem niedrigen Niveau aus. Überschattet wird die Wahl in Frankreich vom Triumph des rechtspopulistischen Rassemblement National Marine Le Pens mit 31 %. Angesichts dessen rief Präsident Emmanuel Macron Neuwahlen aus, die für Turbulenzen im Land sorgen. Eine Regierung unter Führung des Rassemblement National erscheint möglich.
- Italien sieht zwei Wahlsiegerinnen: einerseits die postfaschistische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, deren Fratelli d'Italia fast 29 % erreichte; andererseits die sozialdemokratische Oppositionschefin Elly Schlein, deren Partito Democratico auf über 24 % zulegte.
- Bei der Neubesetzung der Führungspositionen in den EU-Institutionen könnte der Sozialdemokratie erstmals der Vorsitz im Europäischen Rat zufallen. In der neuen Kommission dürfte sie allerdings nur schwach vertreten sein.

Vom 6. bis 9. Juni waren etwas über 354 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union aufgerufen, die 720 Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu wählen. Mit 50,9 % hat knapp die Hälfte der Wahlberechtigten tatsächlich ihre Stimme abgegeben, was einem leichten Anstieg der Wahlbeteiligung um 0,3 Prozentpunkte entspricht.

Im vorliegenden Politik aktuell werden die Wahlgewinner:innen und -verlierer:innen und das Abschneiden der Sozialdemokratie europaweit unter die Lupe genommen. Ein noch genauerer Blick wird auf die besonders interessanten Ergebnisse und Entwicklungen in Frankreich und Italien geworfen. Schließlich wagen wir einen Ausblick auf die kommenden Wochen und Monate, in denen alle Führungspositionen in den EU-Institutionen neu vergeben werden.

Wahlsieger:innen und -verlierer:innen im Überblick

Wahlgewinnerin wurde die Europäische Volkspartei (EVP) mit vorerst 189 Sitzen und zusammengerechnet rund 21 % der Stimmen. Das bedeutet ein Plus von 13 Mandaten. Der Wahlerfolg der EVP setzt sich aus vielen kleinen Zugewinnen auf nationaler Ebene zusammen. Größte Delegation bleibt die CDU/CSU mit 29 Abgeordneten, gefolgt vom spanischen Partido Popular (22) und der polnischen Bürgerplattform (21). Aufgrund des Erfolgs der EVP hat ihre Spitzenkandidatin Ursula von der Leyen beste Chancen, ihr Amt als Präsidentin der Europäischen Kommission zu behalten.

Die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D Fraktion) bleibt mit 135 Sitzen, also vier weniger als zuvor, stabil und erhielt – wiederum zusammengerechnet – rund 19 % der Stimmen. Sie bildet damit weiterhin die zweitstärkste Gruppierung und wird ihren beträchtlichen Einfluss im parlamentarischen Prozess behalten. Details zu einzelnen nationalen Ergebnissen für die Sozialdemokratie folgen im übernächsten Abschnitt.

Vorerst drittgrößte Fraktion mit 79 Mandaten (zuvor 102) wurde die liberale Renew Europe, der unter anderem Macrons Partei Renaissance, die deutsche FDP und die österreichischen NEOS angehören. Die herben Verluste dieser Gruppierung gehen vor allem aufs Konto der französischen Macron-Partei Renaissance sowie der spanischen Ciudadanos.

Knapp dahinter folgt die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) mit 73 Mandaten (+5). Die weitaus größte Delegation innerhalb dieser Gruppe sind die Fratelli d'Italia, die Partei der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni.

An fünfter Stelle liegt die Fraktion Identität und Demokratie (ID) mit vorerst 58 Sitzen. Die größte Gruppierung stellt hier der französische Rassemblement National (RN), gefolgt von der Lega, der FPÖ und der niederländischen Partei für die Freiheit von Geert Wilders. Die Abgeordneten der rechtsextremen Alternative für Deutschland (AfD) – nunmehr 15 – werden der Fraktion nicht angehören. Der Ausschluss aus der Fraktion, der kurz vor der Wahl wegen kontroverser Aussagen des AfD-Spitzenkandidaten Maximilian Krah zur SS erfolgt war, wurde wenige Tage nach der Wahl erneut bestätigt.

Gehörig dezimiert wurden die Grünen, die statt 72 nur mehr 53 Abgeordnete stellen werden. Hier schlagen vor allem die Verluste der deutschen und französischen Grünen zu Buche.

Ziemlich stabil mit 36 statt bisher 37 Sitzen bleibt die Fraktion Die Linke.

Rechtsruck im Europäischen Parlament?

Mit 97 Abgeordneten ist vorerst die Gruppe der Abgeordneten, die sich keiner Fraktion angeschlossen haben oder neu – in der Regel als Vertreter:innen von Kleinparteien – ins Parlament eingezogen sind, sehr groß. Dazu zählen etliche Abgeordnete rechtspopulistischer oder rechtsextremer Parteien wie der bereits erwähnten AfD (15 Sitze), der ungarischen Fidesz (11), der polnischen Konfederacja (6) und der Allianz für die Vereinigung der Rumänen (6), aber auch die Abgeordneten der italienischen 5-Sterne-Bewegung (8), die eher dem linken Spektrum zuzuordnen ist. In den nächsten Wochen wird sich herausstellen, ob sich diese Abgeordneten einer Fraktion anschließen werden – und wenn ja welcher. Es ist davon auszugehen, dass die Fraktionen am rechten Rand, also EKR und ID, noch an Stärke zulegen werden.

Auch vor diesem Hintergrund ist tatsächlich ein Rechtsruck im europäischen Parlament festzustellen: Zu den 189 EVP-Abgeordneten, den 73 EKR-Vertreter:innen und den 58 ID-Sitzen kommen noch rund 50 vorerst fraktionslose, aber gesichert rechtspopulistische oder rechtsextreme Mandatar:innen. Das ergibt in Summe über 370 von 720 Sitzen im Europäischen Parlament, die rechts der Mitte anzusiedeln sind.

Gleichzeitig gibt es auch eine proeuropäische Mehrheit bestehend aus EVP, S&D, Renew und den Grünen. Diese Fraktionen kommen in Summe auf 456 Abgeordnete. Auch die drei großen Parteifamilien (Konservative, Sozialdemokratie, Liberale) haben mit 403 Sitzen eine Mehrheit.

Die links-liberalen Fraktionen (S&D, Renew, Grüne, die Linke) kommen nur auf 303 Abgeordnete. Selbst wenn hier noch einige Fraktionslose diesem Lager zuzuordnen sind, geht sich keine Parlamentsmehrheit aus.

Die europäische Sozialdemokratie: Ein gemischtes Bild

Werfen wir einen genaueren Blick auf das Abschneiden der sozialdemokratischen Parteien, ergibt sich ein sehr facettenreiches Bild: In prozentueller Hinsicht sticht das Ergebnis der rumänischen Sozialdemokrat:innen mit 48,7 % hervor; jedoch handelt es sich hier um eine Wahlallianz mit der konservativen Nationalliberalen Partei, dem Koalitionspartner des Partidul Social Democrat (PSD) auf nationaler Ebene. Bei den gleichzeitig stattfindenden Gemeinderatswahlen im Land ging der PSD als klarer Sieger hervor. Vor diesem Hintergrund kann die Partei den Wahlsieg bei der Europawahl vor allem für sich verbuchen.

Als Wahlsieger:innen gingen auch die maltesische Labour Party mit über 45 % und die portugiesischen Sozialist:innen mit 32 % der Stimmen hervor. Der portugiesische Partido Socialista konnte sich nach seiner Niederlage bei den Parlamentswahlen im März wieder leicht erholen und als stärkste Partei im Land durchsetzen.

Der spanische Partido Socialista Obrero Español (PSOE, deutsch: Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) landete zwar mit etwas über 30 % der Stimmen hinter dem Partido Popular (34 %) und musste gegenüber 2019 Einbußen von etwa drei Prozentpunkten hinnehmen. Allerdings schnitt der

PSOE mit Spitzenkandidatin Teresa Ribera wesentlich besser ab, als im Vorfeld der Wahlen erwartet worden war und ist im neuen Parlament mit 20 Abgeordneten vertreten. Deshalb und aufgrund des beträchtlichen Einflusses von Regierungschef Pedro Sánchez hat der PSOE intakte Chancen, erneut eines der wichtigen Ämter in den europäischen Institutionen zu besetzen. Derzeit noch stellt die spanische Sozialdemokratie mit Josep Borrell den Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie mit Iratxe García Pérez den S&D-Fraktionsvorsitz.

Als größte nationale Delegation innerhalb der S&D Fraktion wurde der PSOE allerdings vom italienischen Partito Democratico abgelöst, der mit 24,1 % einen in dieser Höhe unerwartet starken zweiten Platz hinter Giorgia Melonis Fratelli d'Italia erreichte und nun 21 Abgeordnete stellt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Italien als bevölkerungsreicheres Land mehr Abgeordnete als Spanien nach Straßburg bzw. Brüssel entsendet.

Weitere gewichtige nationale Delegationen innerhalb der Fraktion werden von der SPD und der französischen Liste Reveiller l'Europe unter der Ägide des Parti Socialiste (PS) gestellt. Die SPD stellt trotz ihres schwachen Abschneidens (13,9 %) 14 Abgeordnete, zumal ja Deutschland insgesamt 96 Abgeordnete ins Europäische Parlament entsendet. Die PS-geführte Liste erreichte beachtliche 13,8 % bzw. 13 Sitze – dazu später.

Überdurchschnittliche Ergebnisse konnte die Sozialdemokratie auch in Kroatien (über 25 %), Schweden (23,5 %), in Österreich (23,2 %) sowie in Luxemburg (21,7 %), dem Herkunftsland des europäischen Spitzenkandidaten Nicolas Schmit, verbuchen.

Sorgenvoll hingegen gilt es vor allem nach Mittel- und Osteuropa zu blicken – mit Rumänien, Kroatien und den baltischen Staaten als Ausnahme. In Tschechien schaffte es die CSSD mit nur 1,86 % erneut nicht ins Europäische Parlament, und auch die Slowakei entsendet im fraktionellen Sinne keine sozialdemokratischen Abgeordneten, denn die SMER von Ministerpräsident Robert Fico und ihr Koalitionspartner HLAS gehören nicht mehr der S&D an. In Polen kam Lewica (Linke) auf rund 6 %, in Bulgarien die Sozialistische Partei auf wenig mehr als 7 %, in Ungarn die sozialdemokratische Wahlallianz auf 8 % und in Slowenien die Sozialdemokrat:innen auf knapp unter 8 %.

Frankreich: Turbulente Entwicklungen

An dieser Stelle wollen wir das Wahlergebnis in Frankreich, seine Ursachen und Auswirkungen analysieren. Unbestrittener Wahlsieger in Frankreich wurde mit 31,4 % (plus 8 Prozentpunkte) der rechtsextreme Rassemblement National (RN) Marine Le Pens, der nunmehr 30 Abgeordnete ins Parlament entsenden wird. Der Durchmarsch der extremen Rechten erfasste so gut wie das ganze Land. In allen Regionen errang die von Jordan Bardella angeführte Liste den ersten Platz, selbst in traditionell links wählenden Regionen wie der Bretagne. In der Region um die Hauptstadt Paris, der Île-de-France, verzeichnete der RN mit nicht ganz 19 % sein schwächstes Ergebnis, ganz knapp vor La France Insoumise von Jean-Luc Mélenchon. Paris und drei angrenzende Départements waren auch die einzigen, die nicht an die extreme Rechte gingen. In der Hauptstadt stimmten nur etwas mehr als 8 % der Wähler:innen für den RN.

Am zweiten Platz landete Macrons Partei Renaissance, die gemeinsam mit anderen kleinen Mitte-Parteien unter dem Namen *Besoin d'Europe* antrat und nur 14,6 % erreichte, also 8 Prozentpunkte weniger als noch vor fünf Jahren. Diese Liste konnte sich nur im Département Hauts-de-Seine westlich von Paris an die Spitze setzen, wo vergleichsweise viele gut situierte Wähler:innen leben.

An dritter Stelle landete, wie bereits bemerkt, die vom Parti Socialiste (PS) und der Bewegung *Place Publique* gebildete Wahlallianz *Réveiller l'Europe* (Europa aufwecken) mit 13,8 %, was ein Plus von fast 8 Prozentpunkten bedeutet. In Paris errang die Liste mit rund 22 % sogar den ersten Platz, ebenso in Lyon und Bordeaux. Der Erfolg geht auch auf das Konto des Spitzenkandidaten Raphaël Glucksmann, des Sohns des bereits verstorbenen Philosophen André Glucksmann. Der Listenerste, der selbst nicht dem PS angehört, konnte der fast schon totglaubten Partei wieder neues Leben einhauchen und ermöglichte ihr mehr als einen Achtungserfolg. Glucksmann fiel mit einem dezidiert pro-ukrainischen Kurs auf und setzte sich damit in Gegensatz zu Jean-Luc Mélenchon, der in der Vergangenheit immer wieder mit russlandfreundlichen Aussagen aufgefallen war. Dessen Partei *La France insoumise* erreichte immerhin fast zehn Prozent und wurde in zwei Departments bei Paris zur stärksten Kraft. Auch die Ergebnisse in großen Städten wie Grenoble, Lille und Straßburg sahen „Das unbeugsame Frankreich“ vorne. Die Grünen, die noch vor fünf Jahren die stärkste Kraft im linken Lager bildeten, stürzten auf etwas mehr als fünf Prozent ab.

Eine weitere Niederlage setzte es für die ehemals staatstragenden konservativen *Les Républicains* mit wenig mehr als sieben Prozent. Die Strategie der Partei, den Kurs des *Rassemblement National* gerade auch in Fragen der Migration zu übernehmen und dadurch Wähler:innen zurückzugewinnen, trägt keine Früchte – im Gegenteil, sie scheint den RN noch mehr zu stärken.

In der Gesamtschau geht das rechte Lager in Frankreich gestärkt hervor. Der RN, die *Républicains* und die rechtsextreme Liste *La France fière* (Das stolze Frankreich), die von Marion Maréchal, der Nichte Le Pens, angeführt wird, sowie diverse rechte Kleinparteien erreichten insgesamt knapp 50 %. Die Linke konnte insgesamt rund 35 % auf sich verbuchen.

Der Vormarsch der extremen Rechten ist in engem Zusammenhang mit der weit verbreiteten Unzufriedenheit, Proteststimmung und Wut zu sehen. Wie Wahltagsbefragungen zeigen, sind derzeit nur 7 % Prozent der Französischen und Franzosen mit der Lage im Land zufrieden, 54 % unzufrieden und weitere 39 % sehr wütend und zugleich systemkritisch. In der Wählerschaft der extremen Rechten, aber auch jener von *France insoumise* ist die Wut am größten. Diese Wählersegmente lehnen die Politik Präsident Emmanuel Macrons besonders ab. Seine Politik findet nur unter den Wähler:innen seiner Partei Renaissance mehrheitlich Anklang.

Angesichts des Wahlergebnisses rief Macron zur Überraschung vieler Französischen und Franzosen noch am Wahlabend Neuwahlen zur Nationalversammlung aus – Neuwahlen, die eine Mehrheit der Bevölkerung jedoch für richtig hält. Dennoch gibt der Schritt Macrons Rätsel auf, da das Risiko hoch ist, dass die extreme Rechte am 30. Juni und 7. Juli zumindest eine relative Mehrheit erringen könnte. Angesichts dessen haben sich die Parteichef:innen von *France insoumise*, Parti Socialiste, Grünen, der Kommunistischen Partei und Kleinparteien auf eine erneute Zusammenarbeit, eine *Front populaire*, geeinigt. Es handelt sich um eine reine Wahlallianz, d.h. dass pro Wahlkreis nur ein:e linke:r Kandidat:in

antritt, ohne Einigung auf ein gemeinsames Programm. Innerhalb des Parti Socialiste gibt es jedoch auch Widerstand gegen eine Zusammenarbeit mit Jean-Luc Mélenchon; auch Raphaël Glucksmann zeigt sich kritisch.

Auf Seiten der konservativen Républicains vereinbarte Parteichef Eric Ciotti mit dem RN eine Zusammenarbeit, was jedoch auf gehörigen Widerstand in den eigenen Reihen stößt. Er wurde in einer eilig einberufenen Sitzung des Parteivorstands seines Amtes enthoben, was er als unrechtmäßig bezeichnet. Die Republikaner stehen vor einer Zerreißprobe, die wohl nur dem Rassemblement National nützen kann.

Erste Umfragen zu den Parlamentswahlen deuten auf eine relative Mehrheit für den Rassemblement National hin. Die extreme Rechte kann mit bis zu 35 % der Stimmen rechnen und dürfte damit auf 235 bis 265 Sitze in der 577 Sitze umfassenden Nationalversammlung kommen. Die linken Parteien erreichen in den Umfragen rund 25 % und 115 bis 145 Sitze, also weniger als derzeit (153). Renaissance kann nur mehr mit 19 % und 125 bis 155 Abgeordnete rechnen. Die Rechte schließlich käme den Umfragen zufolge 9 % bzw. 40 bis 55 Sitze.

Frankreich steht nicht nur ein kurzer, aber zweifelsohne turbulenter Wahlkampf bevor, sondern auch stürmische Zeiten nach den Wahlen. Eine von Jordan Bardella angeführte Regierung scheint möglich.

Italien: Zwei starke Frauen als Wahlsiegerinnen

Auch das Wahlergebnis in Italien, dem drittgrößten Land der EU, verdient eine eingehendere Analyse. Stärkste Kraft wurde hier die postfaschistische Partei Fratelli d'Italia, die fast 29 % und 24 Sitze erreichte. 2019 waren es noch etwa 6 % bzw. 6 Sitze gewesen. Der Wahlkampf war eng auf die populäre Ministerpräsidentin und Parteichefin Giorgia Meloni zugeschnitten, die pro forma in allen fünf Wahlkreisen des Landes als Spitzenkandidatin antrat.

Der Sieg der Fratelli d'Italia setzt die Wachablöse innerhalb der extremen Rechten Italiens fort, die mit den Parlamentswahlen im September 2022 begonnen hatte. Bei der Europawahl 2019 hatte die Lega Matteo Salvinis noch über 34 % der Stimmen auf sich vereint, diesmal waren es nur noch 9 %. Prominentes Aushängeschild und Kandidat der Lega war der General Roberto Vannacci, der erst vor wenigen Monaten in die internationalen Schlagzeilen gekommen war, da er in einem Buch rassistische, homophobe und sexistische Äußerungen gemacht hatte.

Der Erfolg Melonis lässt vergessen, dass die beiden rechtspopulistischen Parteien – Fratelli d'Italia und Lega – am 9. Juni in Summe etwas weniger Stimmen erzielten als noch 2019. Von einem weiteren Rechtsruck kann also nicht die Rede sein, auch wenn die konservative Forza d'Italia leicht auf 9,6 % zulegte. Das rechte Lager, inklusive mehrerer Kleinparteien, die es nicht ins Europäische Parlament schafften, kam insgesamt auf nicht ganz 50 % der Stimmen.

Im Umkehrschluss bedeutet das, dass das linksliberale Lager wie bei den Parlamentswahlen vor nicht ganz zwei Jahren eine hauchdünne Stimmenmehrheit erzielte, aber erneut zersplittert war. Zwei Parteien – Stati Uniti d'Europa von Emma Bonino und Matteo Renzi sowie die liberale Azione – verfehlten zum Teil knapp die Vier-Prozent-Hürde.

Unangefochten bestimmende Kraft auf der linken Seite wurde der Partito Democratico, der von etwa 22 auf über 24 % der Stimmen zulegte und nun mit 21 Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten ist. Parteichefin Elly Schlein, die sich im Februar 2023 in einer Urabstimmung unter den Mitgliedern durchgesetzt hatte, trat selbst in zwei Wahlkreisen als Spitzenkandidatin an und kann den Erfolg auch für sich persönlich verbuchen. Schlein, die explizit auf soziale Themen wie die Forderung nach einem Mindestlohn sowie auf Frauenrechte setzt, hat sich zur starken Oppositionschefin und somit ernstzunehmenden Widersacherin von Giorgia Meloni entwickelt. Schleins Partei wurde im Wahlkreis Süditalien sowie in Teilen der Emilia Romagna und der Toskana stärkste Partei. Schwach war der Partito Democratico in Summe auf den Inseln Sardinien und Sizilien. Bei den gleichzeitig stattfindenden Lokalwahlen konnte sich die Partei gut behaupten.

Die Ergebnisse der anderen Parteien im progressiven Lager waren durchwachsen: Die Grün-Linke-Allianz (Allianza Verdi e Sinistra) erzielte mit fast 7 % der Stimmen einen Achtungserfolg bei der Europawahl. Erneut bergab ging es hingegen für die populistische 5-Sterne-Bewegung, die sieben Prozentpunkte verlor und nur mehr auf 10 % der Stimmen kam. Parteichef Giuseppe Conte gerät dadurch weiter unter Druck. In einer Reaktion zeigte er sich offen für einen intensiveren Dialog mit den konstruktiven fortschrittlichen Kräften.

Tatsächlich kann die Regierung Meloni längerfristig nur dann ernsthaft herausgefordert werden, wenn es zu einer Konsolidierung des linksliberalen Lagers kommt. Um bei den spätestens 2027 stattfindenden Parlamentswahlen eine Chance zu haben, müssen die handelnden Politiker:innen über ihre Schatten springen und eine möglichst breite Wahlallianz bilden.

Ausblick auf die Neubesetzung der Führungspositionen in Brüssel

In den kommenden Wochen und Monaten werden die Führungsämter in den europäischen Institutionen neu besetzt. Das betrifft nicht nur die Präsidentschaft im Europäischen Parlament und die gesamte Europäische Kommission, sondern auch die Präsidentschaft des Europäischen Rates und das Amt des/der Hohen Vertreter:in der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik.

Die europäischen Parteienfamilien haben sich bereits in Stellung gebracht, und hinter den Kulissen haben Gespräche auf Ebene der Staats- und Regierungschef:innen begonnen. Ersten Meldungen zufolge könnte ein Paket derart aussehen, dass die EVP abgesehen von Ursula von der Leyens Verbleib an der Spitze der Europäischen Kommission wieder die/den Präsident:in des Parlaments stellt, wobei Roberta Metsola ihren Posten behalten könnte. Der Vorsitz im Europäischen Rat könnte erstmals an die Sozialdemokratie gehen, und zwar an den ehemaligen portugiesischen Ministerpräsidenten António Costa. Für die Außen- und Sicherheitspolitik könnte die liberale estnische Regierungschefin Kaja Kallas zuständig werden. Es bleibt abzuwarten, ob dieses Paket tatsächlich durchgeht; überraschende Wendungen wie im Jahr 2019 sind nicht ausgeschlossen.

Sicher scheint hingegen, dass die neue Europäische Kommission weniger sozialdemokratische Mitglieder – derzeit sind es sieben – aufweisen dürfte, da nur wenige EU-Staaten links regiert werden. Hier handelt es sich um Spanien, Malta, Dänemark und Rumänien, wobei im letzten Fall der konservative Staatspräsident Klaus Johannis das letzte Wort hat. Die rot-grün-liberale Regierung in Deutschland wird nicht umhinkommen, die Christdemokratin von der Leyen zu nominieren.

Abzuwarten bleibt, ob der europaweite sozialdemokratische Spitzenkandidat Nicolas Schmit von der christdemokratisch geführten Regierung Luxemburgs nominiert wird und eine wichtige Rolle in der neuen Kommission spielen kann. Vorerst scheint der Christdemokrat Christophe Hansen der Favorit zu sein, aber Schmit noch nicht aus dem Rennen zu sein. Möglicherweise kommen noch weitere sozialdemokratische Kommissar:innen aus jenen Ländern hinzu, wo die Sozialdemokratie mitregiert, also Belgien, Estland, Polen und Slowenien. Dennoch wird die Kommission mehrheitlich konservativ geprägt sein.

Im Lichte dessen ist es umso wichtiger, dass im Europäischen Parlament die S&D Fraktion weiterhin eine starke Kraft darstellt. Die Europawahl hat dafür die Grundlage geboten.

Weiterführende Links und Literatur

- Eligendo (Ministero dell'Interno, Direzione Centrale per i Servizi Elettorali - S.I.E.C.C.): Europee, amministrative e regionale (Piemonte) 8-9 giugno 2024, abrufbar unter: <https://elezioni.interno.gov.it/europee/scrutini/20240609/scrutiniEX>.
- European Parliament: 2024 European election results, abrufbar unter: <https://results.elections.europa.eu/>.
- Europe Elects, European Parliament Election 2024, abrufbar unter: <https://europeelects.eu/ep2024/>.
- Geslin, Laurent: Raphaël Glucksmann: Mann der Ukraine und EU-Spitzenkandidat der Sozialisten, auf: Euractiv, 17.5.2024, abrufbar unter: <https://www.euractiv.de/section/europawahlen/news/raphael-glucksmann-mann-der-ukraine-und-eu-spitzenkandidat-der-sozialisten/>.
- Harris Interactive FR: Intentions de vote pour les élections législatives 2024, 10.6.2024, abrufbar unter: https://harris-interactive.fr/opinion_polls/intentions-de-vote-pour-les-elections-legislatives-2024/.
- Ifop: Les intentions de vote des Français aux élections législatives, 12.6.2024, abrufbar unter: <https://www.ifop.com/publication/les-intentions-de-vote-des-francais-aux-elections-legislatives/>.
- Ipsos: Comprendre le vote des Français, 9.6.2024, abrufbar unter: <https://www.ipsos.com/fr-fr/europeennes-2024/comprendre-le-vote-des-francais-2024>.
- Le Monde: Elections législatives 2024, abrufbar unter: <https://www.lemonde.fr/elections-legislatives-2024/>.
- Marques, David: Hansen ou Schmit à la Commission européenne ?, in: Le Quotidien, 11.6.2024, abrufbar unter: <https://lequotidien.lu/a-la-une/hansen-ou-schmit-a-la-commission-europeenne/>.
- Ministère de l'Intérieur et des Outre-mer: Élections européennes 2024 : résultats et taux de participation, abrufbar unter: <https://www.interieur.gouv.fr/actualites/actualites-du-ministere/elections-europeennes-2024-resultats-et-taux-de-participation>.
- Woltersdorf, Adrienne: Glücksmann, 17.5.2024, abrufbar unter: <https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/gluecksmann-7511/>.
- Woltersdorf, Adrienne: Ohne Netz und doppelten Boden, 11.6.2024, abrufbar unter: <https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/ohne-netz-und-doppelten-boden-7569/>.